

## „Keine Mittel der Kommunen für Fährbetrieb“

Von Egbert Schröder

KREIS CUXHAVEN. Der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der CDU im Kreis Cuxhaven, Enak Ferlemann (Foto), hat sich dagegen ausgesprochen, dass kommunale Finanzmittel in die Rettung des Fährbetriebes Cuxhaven-Brunsbüttel gepumpt werden: „Eine Kommune ist nicht dazu da, Fähren zu subventionieren.“

Beim CDU-Kreisparteitag kritisierte er zugleich, dass der

Fährbetreiber und auch die niedersächsische Landesregierung zu „blauäugig“ an dieses Projekt herangegangen seien: „Wie kann man denn einen Fährbetrieb im Herbst starten, wenn man weiß, dass es dann erst einmal rote Zahlen gibt? Man fängt doch wohl im Frühjahr damit an.“ Außerdem sei eine 90-minütige Überfahrt „deutlich zu lang“.

Wenn jetzt gefordert werde, dass sich die Kommunen auf beiden Seiten der Elbe an der Rettung des Fährbetriebes beteiligen sollten, könne man das nur ablehnen.

### „Unsägliche Kampagne“

Ferlemann nutzte den Parteitag auch, um eine Lanze für die Landwirtschaft zu brechen. Die von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) formulierten „Bauernregeln“ – wir berichteten – bezeichnete er als „unsägliche Kampagne“. Und „unsäglich“ sei auch die Politik des niedersächsischen Landwirtschaftsministers Christian Meyer (Die Grünen): „Das ist kein Minister für, sondern gegen Landwirtschaft.“

# „Differenziert informieren“

Thema „Innere Sicherheit“ bestimmte CDU-Parteitag / Polizei-Chef: Wir leben in einer sicheren Region

Von Egbert Schröder

KREIS CUXHAVEN. Auf der einen Seite: der Chef der Polizei. Auf der anderen Seite: der CDU-Landtagskandidat. Beide sprechen über „innere Sicherheit“, über die notwendige und tatsächliche Polizeipräsenz in der Fläche und das ganz individuelle Sicherheitsgefühl der Menschen. Beide kommen in ihrer Analyse zu teilweise anderen Ergebnissen – so geschehen beim CDU-Kreisparteitag. Dort referierte Holger Kliem (Chef der Polizeiinspektion Cuxhaven) und der Cuxhavener CDU-Landtagskandidat Thiemo Röhler.

Auf Einladung der Christdemokraten gab Kliem einen Überblick über die Kriminalitätsentwicklung in der Region. Und die – so der Polizeichef – sei eindeutig rückläufig. Zum ersten Mal sei die Zahl der registrierten Straftaten im Cuxland unter die Marke von 10 000 gesunken. Zum Vergleich: Im Jahre 2004 seien es noch 12 000 Straftaten gewesen.

### „Gefühlte Sicherheit“

Eine positive Entwicklung – aber können diese Zahlen auch das Sicherheitsgefühl der Menschen beeinflussen? Aus Kliems Sicht spielen andere Faktoren eine entscheidende Rolle. Wenn sich zum Beispiel im eigenen Ort oder der Region vermehrt Einbrüche ereignen würden, dann beeinflusse dies natürlich die „gefühlte Sicherheit“ eines Bürgers.

Dabei sei zum Beispiel im Landkreis Cuxhaven die Zahl der Einbrüche innerhalb eines Jahres von 480 auf 343 gesunken. Der Grund: Die Polizei konnte eine Tätergruppe aus Bremerhaven schnappen, auf deren Konto al-



**Holger Kliem** (Chef der Polizeiinspektion Cuxhaven, l.) referierte auf Einladung der CDU beim Parteitag am Freitagabend. Eine politische Bewertung der Sicherheitslage in Niedersachsen nahm der CDU-Landtagskandidat **Thiemo Röhler** (Cuxhaven) vor. Foto: Schröder

lein im Jahre 2015 etwa 60 Einbrüche oder Einbruchversuche im Kreisgebiet gegangen seien.

„Wir leben hier in einer sicheren Region“, meinte Kliem auch mit Blick auf die Kriminalitätsstatistik in anderen Kreisen oder Städten. Dass viele Bürger aber nicht diese Meinung teilen würden, hänge nicht zuletzt mit der oft reiferischen Berichterstattung in überregionalen Medien zusammen. So finde man in der „Bild“-Zeitung jede Menge Artikel über Sexualmorde oder Päpophile,

aber keine Nachricht über den statistisch belegbaren Rückgang der Jugendkriminalität.

Hinzu kämen Nachrichten über die weltweiten Terror-Anschläge, die ein Gefühl der Angst erzeugen könnten. Kliems Rat: „Man sollte sich differenziert informieren.“

Diese Meinung teilt sicherlich auch Thiemo Röhler, der beruflich als Fachanwalt für Strafrecht im Einsatz ist. Röhler ist CDU-Kandidat für die Landtagswahl im Wahlkreis 58 (Cuxhaven/Samte-

meinde Land Hadeln) und möchte künftig im Landtag seinen politischen Beitrag leisten, um das Sicherheitsgefühl der Menschen zu erhöhen. Denn das sei der rot/grünen Landesregierung nicht gegeben: „Wenn es um die Sicherheit der Menschen geht, dann ist kein Geld vorhanden.“ So sei die Polizeipräsenz vor Ort zu gering: „Wir müssen viel mehr Polizei in die Fläche bringen, um die Sicherheit zu gewährleisten.“

Intensiv setzte sich Röhler mit dem Missbrauch des Asylrechtes auseinander, der nicht konsequent bekämpft werde. Wer die deutschen Gesetze nicht „achtet und anerkennt“, müsse auch die Folgen zu spüren bekommen. Zugleich forderte der Cuxhavener, dass man „Gefährder“ länger als bisher „aus dem Verkehr ziehen“ müsse, wenn der Verdacht bestehe, dass sie eine Straftat planen. In Niedersachsen sei aktuell für diese Personengruppe eine „Präventionshaft“ von höchstens zehn Tagen möglich: „SPD und Grüne wollen diese Haftdauer sogar auf vier Tage begrenzen. Wir fordern eine Ausweitung auf 18 Monate.“

### „Wissen, wer zu uns kommt“

Zugleich sprach sich Röhler dafür aus, dass bei der Einreise nach Deutschland zwingend Ausweispaapiere vorgelegt werden müssen: „Wir haben ein Anrecht darauf, zu wissen, wer zu uns kommen möchte.“ Das gelte auch und gerade für junge Menschen, die als „Unbegleitete minderjährige Ausländer“ nach dem Jugendhilferecht und damit mit einem hohen finanziellen Aufwand betreut werden: „Im Zweifel ist der Betroffene immer minderjährig.“ Ob dies tatsächlich der Fall sei, sei zweifelhaft: „Der Missbrauch ist extrem hoch.“

## CDU kritisiert erneut Aussagen der Verwaltung

Von Egbert Schröder

KREIS CUXHAVEN. Im Cuxhavener Kreistag gibt es keine klaren Mehrheiten, sondern nur eine „Kooperation“ von CDU, SPD, Grünen und FDP. Doch für Frank Berghorn trägt die Politik des Kreistages eine klare Handschrift – und zwar die der CDU.

Die Einschätzung kommt nicht wirklich überraschend, denn Berghorn ist schließlich Chef der CDU-Kreisfraktion. Und beim Parteitag der Christdemokraten in Neuenwalde bilanzierte er, dass schon im ersten Jahr der neuen Wahlperiode „zwei Drittel unseres Wahlprogrammes auf den Weg gebracht worden sind“. Unter anderem verwies er auf das knapp 150 Millionen Euro umfassende Investitionspaket bis zum Ende der Wahlperiode. In diesem Paket enthalten seien auch notwendige Sanierungen oder der Neubau von Schulen.

Berghorn ging aber auch auf Personalfragen ein. So kritisierte er erneut die Arbeit des Sozial- und Finanzdezernenten Friedhelm Ottens. Mit einem Neuzuschnitt der Dezernate werde dafür gesorgt, dass Ottens künftig nicht mehr für die Finanzen zuständig sei: „Das kommt so nicht weitergehen.“ In diese Kerbe schlug auch der CDU-Kreisvorsitzende Enak Ferlemann und teilte zusätzlich gegen Landrat Kai-Uwe Bielefeld aus: „Die hatten zeitweise den Überblick über die Finanzen verloren.“

Da inzwischen klar sei, wie gut es dem Landkreis finanziell gehe, habe man die Kommunen entlastet: „Es konnte doch nicht sein, dass sich die einen auf dem Sonnendeck tummeln und die anderen im Maschinenraum arbeiten müssen.“